



# Interviews

**Datum: 21. Mai 2024**

## **Dirk Müller im Gespräch mit Jürgen Hardt**

**Dirk Müller:** Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen – so lesen sich die Vorwürfe, die Karim Khan, der Chefankläger aus Den Haag, formuliert hat. Direkt richtet sich das an Benjamin Netanjahu, aber auch an dessen Kabinettskollegen Joav Galant, der für Verteidigung zuständig ist. Auch die Hamas-Spitze soll mit Haftbefehl gesucht werden, darunter der Hamas-Führer Jahia Al-Sinwar. Die Richter in Den Haag müssen nun über den Antrag des Chefanklägers entscheiden. Das heißt, es ist ein Antrag und dementsprechend noch kein Beschluss.

Antrag auf Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister – unser Thema mit dem außenpolitischen Sprecher der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Hardt (CDU). Einen schönen guten Morgen.

**Jürgen Hardt:** Guten Morgen, Herr Müller.

**Müller:** Herr Hardt, finden Sie den Antrag richtig?

**Hardt:** Ich finde die Art und Weise, wie der Antrag vorgetragen wurde, sehr befremdlich. Es lässt die Zweifel offen, ob wirklich die reine richterliche oder hier in diesem Fall staatsanwaltliche Unabhängigkeit der Antrieb ist oder andere Motive. Ich wundere mich, dass ganz viele andere, zum Beispiel der syrische Machthaber Assad in der Nachbarschaft, oder auch Maduro in Venezuela, diejenigen, die massenhaft Menschen auf dem Gewissen haben im Sudan und so fort, dass die alle ungeschoren davonkommen, wenn man so will, mit Blick auf den Internationalen Strafgerichtshof. Aber dass sich der Bannstrahl nun Richtung Netanjahu und seinen Verteidigungsminister richtet, das ist harter Tobak, und das zusammen auch noch mit der Ankündigung, dass gleichzeitig drei Hamas-Führer in gleicher Weise beschuldigt werden, das in einem Atemzug zu nennen, das ist für israelische Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich und es hat ja in der Knesset auch eine Erklärung gestern gegeben, die weit über die Parteigrenzen der jetzigen Regierung hinaus Unterstützung gefunden hat, wo das mit sehr großem Befremden aufgenommen wurde.

**Müller:** Jetzt sagen Sie, Herr Hardt, das ist befremdlich. Heißt das, es ist falsch?

**Hardt:** Ich halte es für falsch, selektiv vorzugehen als Internationaler Strafgerichtshof. Es gibt mit Sicherheit Fälle von Verstößen, den Verdacht des Verdachtes des Verstoßes gegen Kriegsvölkerrecht und Menschenrechte, die deutlich offensichtlicher und gravierender sind als das, was Netanjahu und seinem Verteidigungsminister vorzuwerfen ist. Aber es zeigt, dass die israelische Regierung es nicht vermocht hat und auch wir als Freunde Israels es nicht vermocht haben, in den letzten Monaten klarzustellen, wer verantwortlich ist für das Leiden im Gazastreifen. Ich meine, die humanitäre Situation im Gazastreifen ist ja deshalb so katastrophal, weil die Hamas ihren aussichtslosen Kampf gegen Israel mit dem Ziel der Vernichtung Israels fortsetzt, die Menschen als Schutzschilde benutzt, die dann Opfer von Militäraktionen der Israelis werden, im Übrigen auch ein klarer Verstoß gegen Kriegsvölkerrecht. Insofern werden hier Ursache und Wirkung ein Stück weit verschoben. Das heißt nicht, dass alle Vorwürfe nicht auch beleuchtet werden müssen.

**Müller:** Ich möchte noch mal auf den Chefankläger, Herr Hardt, wenn ich darf, zurückkommen. Sie sagen, befremdlich und nahezu falsch und selektiv, wie Sie gerade ausgedrückt haben. Werfen Sie dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Parteipolitische Motivation oder politische Motivation vor?

**Hardt:** Eine Motivation könnte sein, dass er unter dem Eindruck, dass viele Staaten dieser Erde das Verhalten Israels kritisch sehen und sich auch auf die Seite der arabischen Welt und der Palästinenser, einige sogar auf die Seite der Hamas gestellt haben, deshalb auf beiden Seiten eine solche entsprechende Anklage vorbereitet. Vielleicht muss dann tatsächlich der Voruntersuchungsausschuss, der das jetzt gerichtlich prüfen muss, auch noch mal eine Unterscheidung vornehmen zwischen den drei Terroristenführern einerseits und dem demokratisch gewählten Premierminister und Verteidigungsminister des Staates Israel andererseits. Vielleicht ist das eine Motivation gewesen. Dennoch bleibt, dass Israel jetzt im schweren Verdacht steht, der formuliert wurde vom Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, systematisch und willentlich gegen Völkerrecht zu verstoßen. Das ist ein Vorwurf, den die Israelis in den Gesprächen, die wir auch mit ihnen hatten, immer weit von sich weisen, wenn man sie mit konkreten einzelnen Punkten konfrontiert.

**Müller:** Schließen Sie das aus, Herr Hardt, dass Israel vor Ort Kriegsverbrechen begeht?

**Hardt:** Ich glaube erstens, dass in einem solchen Kampf, den Israel führen muss, gegen die Hamas, die sich ja unter zivilen Einrichtungen verschanzt, die ja anders, als es das Kriegsrecht erlaubt, gerade zivile Einrichtungen nutzt, um von dort ihre Handlungen vorzunehmen, dass bei dem Einsatz von Soldaten und von Waffen, vielleicht auch fernwirkenden Waffen

gegen solche Ziele auch das Gebot der Angemessenheit und der Ausgeglichenheit nicht immer in vollem Umfang gewährleistet werden kann. Das sind dann einzelne Verstöße, die natürlich untersucht werden müssen, und im Übrigen in einem Rechtsstaat wie Israel auch vor ordentlichen Gerichten. Israel hat ehemalige Staatspräsidenten ins Gefängnis gesteckt wegen Straftaten. Warum soll Israel nicht auch in der Lage sein, gegen aktuelle Personen vorzugehen.

**Müller:** Ich frage Sie: Wären das dann Kriegsverbrechen, wie Sie es gerade beschrieben haben? Wäre das für Sie nachvollziehbar?

**Hardt:** Einzelne Verstöße und einzelne Kriegsverbrechen wird es vermutlich geben auf beiden Seiten in einem solchen Krieg. Ob sie systematisch angeordnet sind von oben und ob sie Teil der Kriegsführung sind – das ist ja der Vorwurf des Chefanklägers -, diesen Vorwurf kann ich aus meiner Kenntnis nicht bestätigen.

**Müller:** Und dann würden Sie es nicht verfolgen?

**Hardt:** Ich finde, man muss sich so etwas natürlich anschauen. Ich finde auch, dass man dort hinguckt und dass man jetzt und vor allem, wenn der Kampf eines Tages beendet ist, auch in Israel selbst eine Bilanz zieht, ob es gelungen ist, den Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu gewinnen, indem man versucht, die Menschen ein Stück weit nicht alle gegen sich aufzubringen und auch andere Staaten nicht gegen sich aufzubringen. Das, finde ich, gehört dazu und auch Beweise sammeln gehört dazu. Aber in einem Atemzug die Terroristenführer, die dieses Massaker an Israel verursacht haben und die die Zerstörung Israels, die Vernichtung des Judentums wollen, in einem Atemzug zu nennen mit der Führung des Staates Israel, das halte ich für eine falsche Botschaft.

**Müller:** Herr Hardt, das ist ja eine Interpretationsfrage. Der Chefankläger hat einen Punkt dazwischen gemacht und wenn er nun beide Seiten anklagt, weil aus seiner Sicht beide Seiten schuldig sind, wie auch immer begründet sind, dann sagen einige Kritiker, dass nichts dagegen spricht, dass man das auch zusammen vorträgt. Vielleicht sind das ja auch formale Argumentationen, die Benjamin Netanjahu selbst auch aufgegriffen hat.

Aber wenn wir bei der israelischen Kriegsführung noch einmal bleiben, ich möchte noch mal die Zahlen nennen: Mehr als 35.000 Tote, was wir nicht zu 100 Prozent wissen, aber selbst die UNO benutzt ja diese Zahlen. Sie haben eben gesagt, Schutzschilder werden immer wieder auch genutzt und eingesetzt, ganz bewusst von der Hamas. Das wird, glaube ich, von vielen auch gar nicht bestritten. Über 35.000 Tote, kann das in irgendeiner Form in Relation

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

stehen zu einem Vorgehen eines demokratisch legitimen Staates gegen ein Territorium, wo fast nur noch Schutt und Asche übrigbleibt?

**Hardt:** Ja, und drei bis 4000 bewaffnete Terroristen, die sich längst ergeben könnten, die ihren Kampf einstellen könnten im Interesse der Menschen, die dort leben, die ihnen auch ein Stück weit anvertraut sind, in Rafah zum Beispiel, wo die israelische Armee ja keine Möglichkeiten hat, die Zivilbevölkerung zu versorgen, weil das schlicht Herrschaft der Hamas zum jetzigen Zeitpunkt noch ist. Dort trägt sie die Verantwortung für die humanitäre Lage der Menschen. Die Vertreibung der Menschen oder das Fliehen der Menschen aus Sorge vor Kampfhandlungen, die ja in dieser Form, wie sie von vielen befürchtet wurden, seit Wochen zwar angekündigt, aber noch nicht eingetreten sind, die Flucht dieser Menschen oder den Schutz dieser Menschen könnten auch Staaten wie zum Beispiel Ägypten oder andere arabische Staaten unternehmen. Die Grenze zu Ägypten ist direkt neben Gaza. Wenn Ägypten eine humanitäre Hilfe leisten wollte für diese Menschen, wäre das möglich.

**Müller:** Die Frage war, ob die Relation stimmt, die Israel einsetzt.

**Hardt:** Ich glaube, das Recht auf Existenz eines Staates, die ja nun wirklich durch die Hamas substanziell bedroht ist, nicht nur durch die Hamas, sondern auch durch Iran, auch durch die Hisbollah im Norden Israels, diese Existenz eines Staates erlaubt schon die Inanspruchnahme aller möglichen militärischen Mittel, um die Existenz zu sichern.

**Müller:** Mit den vielen, vielen, vielen Toten in der Konsequenz?

**Hardt:** Es gibt keine mathematische Formel, wie viele Zivilisten darf man in Kauf nehmen, um militärische Ziele auszuschalten. Es muss jeweils im Einzelfall die Angemessenheit geprüft werden und ich glaube, das ist extrem schwierig, insbesondere das aus der jetzigen Perspektive zu bewerten. Dazu muss man die Einsatzbefehle kennen, dazu muss man die Vorgehensweise kennen, dazu muss man die Operationsführung der israelischen Streitkräfte genau kennen. Das wäre meines Erachtens Gegenstand einer Untersuchung des israelischen Parlaments, möglicherweise mit internationaler Hilfe, aber nicht eines Chefanklägers, der den Vorwurf des Kriegsverbrechens in einem Atemzug gegen die israelische Führung wie gegen die Hamas-Führung richtet. Das würde niemand sonst machen, kein deutscher Staatsanwalt würde ...

**Müller:** Deutsche Staatsanwälte würden das nicht tun. Das ist vielleicht auch die nächste Frage. Ich habe aber noch eine andere. Ist dieses Vorgehen der israelischen Armee vor Ort noch für Sie Selbstverteidigung?

**Hardt:** In dem Augenblick, wo wir wissen – und das wird ja auch selbst von der Hamas und von der arabischen Welt nicht bestritten –, dass es nach wie vor in großem Umfang bewaffnete Kräfte im Süden des Gazastreifens gibt, terroristische Kräfte, die gegen Israel gerichtet sind, im großen Umfang vermutlich auch Waffen, Munition, Treibstoff, also alles, was man braucht, um etwas, wie es am 7. Oktober letzten Jahres geschehen ist, jetzt oder zu einem naheliegenden Zeitpunkt zu wiederholen, solange das der Fall ist, muss Israel sich dagegen schützen. Ich glaube, dass Israel selbst klug beraten ist, seine Art und Weise des Vorgehens gegen die Hamas besser zu erklären, dass Israel auch erklären muss, was sie tun, um die humanitäre Lage in den Gebieten, die Israel ja beherrscht – das ist der Norden und die Mitte des Gazastreifens –, die humanitäre Situation zu verbessern, um der Weltgemeinschaft auch die Chance zu geben, besser zu verstehen, was Israel tut und warum es Israel so tut, wie es das tut. Da spüre ich bei Netanjahus Regierung eine gewisse Zurückhaltung, diesen Versuch zu unternehmen. Das bedauere ich sehr. Das führt dazu, dass die politische Meinung über Israel so ist, wie sie ist. Da hätte die israelische Regierung gegensteuern müssen.

**Müller:** Die Zeit läuft ein bisschen davon. Ich möchte Ihnen noch eine unangenehme Frage stellen, weil ich weiß, dass ich die Ihnen stellen kann und Sie das methodisch auch verstehen. Die Verteidigung der israelischen Position, wenn ich das so zusammenfassen kann, die Sie jetzt vorgetragen haben, hat das auch damit zu tun, dass es sich für die deutsche Politik nicht gehört, Israel zu sehr zu kritisieren?

**Hardt:** Ich kritisiere die israelische Regierung für vieles, was sie tut. Wir haben die Regierung Netanjahu scharf kritisiert für das, was im israelischen Inland passiert. Sie erinnern sich an die Diskussion um die Unabhängigkeit des Supreme Court und so fort.

**Müller:** Aber es geht jetzt um das Vorgehen. Es geht jetzt um dieses martialische Vorgehen.

**Hardt:** Ich bin auch erschüttert von dem, was im Gazastreifen passiert, genauso wie ich erschüttert bin über das, was am 7. Oktober passiert ist. Aber ich kann mir aus deutscher Sicht, aus Sicht eines in Deutschland lebenden, nicht in Israel vor Ort in den Kämpfen präsent schwer ein Urteil erlauben, ob Israel es tatsächlich schafft, diese Verhältnismäßigkeit, die das Völkerrecht zwischen eingesetzten Mitteln und in Kauf genommenen Opfern erfordert, ob Israel das tut. Deswegen ist es auch richtig, dass so etwas untersucht und betrachtet

wird, idealerweise in einem Rechtsstaat wie Israel durch das israelische Parlament, durch die israelische Justiz, durch eine Untersuchung, zu der ich den Israelis raten würde, dass man vielleicht auch internationale Personen zu einem Zeitpunkt, wenn der Kampf denn beendet ist, hinzulädt. Ich glaube, dass der Chefankläger ...

**Müller:** Aber jetzt tut es der Internationale Strafgerichtshof. Das ist Ihnen sonst ja immer recht, wenn der Strafgerichtshof zumindest anklagt, wenn er vorgeht gegen Gewaltverbrechen in irgendeiner Form. Jetzt nicht!

**Hardt:** Warum richtet der Internationale Strafgerichtshof seinen Blick genau auf die israelische Regierung jetzt und auf viele andere offensichtliche Völkerrechtsverstöße und Kriegsverbrechen, die stattfinden - Assad in der Nachbarschaft hat auf seine eigene Bevölkerung Chemiewaffen, Chemiebomben abgeworfen; haben wir eine Anklage gegen Assad vor dem Internationalen Strafgerichtshof oder gar einen Haftbefehl? Haben wir gegen Maduro, der ein Fünftel seiner Bevölkerung in Venezuela vertrieben hat? – Verstehen Sie, meine Sorge ist, dass der Internationale Strafgerichtshof seine Autorität verliert, wenn er den Eindruck erweckt, selektiv vorzugehen. Der Staatsanwalt hätte vielleicht auch differenzieren können. Erstens hätte er sagen können, ich nehme die Hamas-Führer scharf aufs Korn und ich erkläre hiermit, dass ich weiterhin mir das israelische Handeln angucke und dass ich die israelische Regierung mit einem Fragenkatalog bombardiere, den wir dann öffentlich diskutieren.

**Müller:** Die Hamas hat er ja impliziert.

**Hardt:** Die Hamas ist aber die Ursache für das, was dort geschieht. Die humanitäre Situation im Gazastreifen wäre von einer Minute auf die andere schlagartig besser, wenn die Hamas aufhören würde zu kämpfen, ihren völkerrechtswidrigen illegitimen Kampf gegen Israel einzustellen, und darüber reden wir eigentlich viel zu wenig.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*